

Französische Parlamentswahlen: Frankreichs SP an den Pforten der „Hypermacht“

Die Linksregierung zweifelte nicht am Sieg, sorgt sich aber vor den Erwartungen der Bevölkerung

VON DANNY LEDER, PARIS

Präsident Francois Hollande, so verrietten einige seiner Vertrauten, war am gestrigen Wahlabend eigentlich schon mehr mit seiner neuen Kampagne beschäftigt: nämlich seinem Ringen in der EU mit Angela Merkel um eine Neugewichtung der wirtschaftspolitischen Vorgaben der Euro-Zone und um eine gemeinsame Ankurbelspritze in der Höhe von 120 Milliarden Euro für das ökonomisch erlahmende Europa.

An der Heimatfront wähten sich seine Sozialisten den ganzen, gestrigen Sonntag über, bereits als klare Sieger dieses zweiten Durchgangs der Parlamentswahl. Hatten ihnen doch fast alle Umfragen eine absolute Mandatsmehrheit, entweder alleine, oder unter Einbeziehung ihrer grünen Koalitionspartner vorhergesagt. Die SP vermied aber allzu triumphales Gehabe.

In Regierungskreisen zirkulierte das Bonmot: „Das beste ist vorüber. Jetzt beginnen die Schwierigkeiten.“ Mit dem sich abzeichnenden Finalsieg verfügt die SP über eine in ihrer Geschichte einzigartige Vormacht-Stellung, die vom Staatschef über das Parlament bis hin zu den meisten Regional- und Kommunalverwaltungen reicht – letztere hatte die SP bereits in den Jahren zuvor erobert. Das „Syndrom der Hypermacht“, vor dem der Politologe Rémi Lefebvre im Linksblatt „*Libération*“ gewarnt hatte, setzt die SP einer entsprechend hohen Erwartungshaltung aus. Scheitert Hollande bei der von ihm angekündigten „Wiederaufrichtung Frankreichs mit Gerechtigkeitssinn“, kann er sich auf keine politischen Gegner ausreden.

Auch den meisten Wählern der Linken ist klar, dass der finanzielle Spielraum der Staatsführung auf Null zusteuert und die Euro-Zone am Rande des Desasters manövriert. Trotzdem schwelt die Hoffnung, die neue Regierung könne die Arbeitnehmer durch steuerliche Umverteilung vor den schmerzlichsten Opfern bewahren und weitere wirtschaftliche Einbrüche durch eine zeitliche Ausdehnung der Sparmaßnahmen abfedern. Um die Hoffnung aufrecht zu erhalten, hatte die Linksregierung vor der Wahl plakative Maßnahmen

beschlossen: Senkung der Ministergehälter um 30 Prozent, Gehaltsbegrenzung auf jährlich 450.000 Euro für die Direktoren öffentlicher Unternehmen, Regulierung der Mietzinserhöhungen und Senkung des Pensionsantrittsalters von 60 auf 62 Jahre für Personen, die eine besonders lange Berufsdauer aufweisen, ältere Langzeitarbeitslose und Mütter von mindestens zwei Kindern, die ebenfalls früh zu arbeiten begonnen haben.

Allerdings, so die Regierung, wären für den Schuldenabbau „große Anstrengungen“ erforderlich. Diese würden steuerlich zu Lasten der Spitzenverdiener und Großvermögens-Eigner gehen. Zu konkreten Sparmaßnahmen bewahrte die Regierung aber bisher eisernes Schweigen. Das beunruhigte zuletzt auch linksliberale Kommentatoren.

Die bürgerliche Sammelpartei UMP erwartet deswegen einen schnellen und dramatischen Popularitätseinbruch von Hollande, wenn sich erstmals Sparschnitte der Linksregierung offenbaren und die Steuerschraube auf die Mittelschichten ausdehnen würden.

Vorerst aber leidet die UMP unter brachialen, internen Machtkämpfen um die Nachfolge von Nicolas Sarkozy. Wobei sich eine eventuelle Annäherung an die die Rechtsbewegung von Marine Le Pen als Streitpunkt aufdrängt.